

7. Vorstandssitzung am 08. April 2008 in Magdeburg

Tagesordnung

Feststellungen

1. Prüfbericht 2007 und Beschluss Jahresrechnung 2007
2. Entwurf Geschäftsordnung
3. Entwurf Änderung der Weiterbildungsordnung
4. Vorschlag Berufung des Prüfungsausschusses für Tiermed. Fachangest.
5. Prüfungsausschüsse für FTÄ
6. Verschiedenes

Zu Beginn erläuterte Dr. Krippner, dass er am gleichen Tag zusammen mit dem thüringischen Präsidenten Dr. Landsiedel einen Termin im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt zum Thema Staatsvertrag über das Versorgungswerk habe. In der Diskussion wurde noch einmal die Notwendigkeit eines Staatsvertrages deutlich, da das Versorgungswerk als solches funktioniert, jedoch derzeit keine Möglichkeit der Mitbestimmung der Mitglieder aus Sachsen-Anhalt in der Vertreterversammlung besteht.

Dr. Krippner informierte kurz über die Arbeitsthemen der Frühjahrsdelegiertenkonferenz der BTK am 11./12. April 2008 in Lüneburg.

Dr. Tyrpe berichtete über die geplante Veranstaltung zur Umsetzung der Impfungen gegen die Blauzungenkrankheit. Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt hatte gebeten, dass die Kammer Anfang Mai 2008 in Vorbereitung auf die durchzuführenden Impfungen eine entsprechende Informationsveranstaltung durchführt. Ort ist Bernburg-Strenzfeld.

Dr. Lutter berichtete über den vorliegenden Prüfbericht der Wirtschaftsprüferin zur Jahresrechnung 2007. Grundlage war noch der alte Haushaltsplan. Er war optimistisch, dass die Genehmigung durch die Rechtsaufsicht keine großen Probleme bereiten dürfte und erläuterte verschiedene Ansätze und Ergebnisse.

In diesem Zusammenhang sprach Dr. Lutter die ausstehenden Beschlussgenehmigungen durch die Rechtsaufsicht an.

Danach erläuterte Dr. Krippner, dass zwischenzeitlich ein weiterer Abgleich des bereits vorliegenden Entwurfes der Geschäftsordnung mit anderen Geschäftsordnungen erfolgt sei, insbesondere auch mit der der Ärztekammer Sachsen-Anhalt. Er sah die Gefahr, dass die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Kammer beeinträchtigt sein könnte. In der nachfolgenden Diskussion bestand Einigkeit, dass der Präsident die notwendigen Handlungen vornehmen muss. Der vorliegende Entwurf sollte der Kammerversammlung zugeleitet werden.

Dr. Tyrpe erläuterte, dass sich aufgrund der unklaren Regelung in der Weiterbildungsordnung Probleme bei der Entscheidung über die Zuerkennung der Gebietsbezeichnung „Öffentliches Veterinärwesen“ ergeben. In der Diskussion wurde deutlich, dass die in Thüringen geltende Regelung Maßstab sein sollte, jedoch noch Ergänzungsbedarf gesehen wird. Es bestand Einigkeit zur Ergänzung der Weiterbildungsordnung, die dann in der Herbstsitzung der Kammerversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden sollte.

In Abwesenheit des Präsidenten erläuterte Dr. Kutschmann die vorliegende Liste für den Prüfungsausschuss für Tiermedizinische Fachangestellte.

Danach berichtete Dr. Tyrpe, dass nach § 11 WBO auch die Prüfungsausschüsse durch den Vorstand neu zu besetzen sind. Trotz der entsprechenden Regelung besteht für einzelne Prüfungsausschüsse nicht die Möglichkeit, ausreichende Mitglieder zu finden, um auch die Stellvertreter benennen zu können. Entsprechende Vorschlagslisten wurden diskutiert. Gleichzeitig regte Dr. Tyrpe an, neue Prüfungsausschüsse für die Gebiete Öffentliches Veterinärwesen, Kleine Wiederkäuer,

Epidemiologie sowie Zoo-, Gehege- und Wildtiere zu bilden. Nach kurzer Diskussion wurde über das Gebiet Öffentliches Veterinärwesen abgestimmt und die anderen Vorschläge zurückgestellt.

Dittrich regte an, grundsätzlich die Vorschrift zur Besetzung der Prüfungsausschüsse in der Weiterbildungsordnung zu ändern. Er verwies auf die Regelungen in anderen Kammern. Der Vorstand beschloss nach eingehender Diskussion, einen entsprechenden Änderungsvorschlag bereits in der nächsten Kammerversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Als nächstes wurde die Übersicht über die Umfrage zur Fort- und Weiterbildung ausgewertet. Es sei erstaunlich, dass Fortbildungen zum Arzneimittelrecht häufig gewünscht werden. Dies könnte in der zweiten Jahreshälfte erfolgen.

Dr. Lutter sprach in diesem Zusammenhang den neuen D.O.Q.-Test an. Zur Anhörung im Landtag zum Thema „Gesetz über gefährliche Hunde“ gab es laut Dr. Kasan nichts Neues zu vermelden. Es bestand Einigkeit darüber, dass für die Kammer Handlungsbedarf besteht, wenn es zu einer Regelung im Land kommt.

Nach kurzer Diskussion wurden Beschlüsse zu berufsrechtlichen Verstößen einzelner Kammermitglieder gefasst. Weiterhin wurden Anträge zur Weiterbildung bearbeitet.

Anschließend kehrten Dr. Krippner und Dr. Landsiedel in die Sitzung zurück und berichteten über das Gespräch im Ministerium, in dem sie nachdrücklich einen Kabinettsentwurf zum Staatsvertrag eingefordert hatten.

Danach wurden die seit der letzten Vorstandssitzung eingegangenen Anträge auf Beitragsermäßigung bearbeitet.

Dr. Lutter erklärte zum Abschluss, dass aufgrund der aktuellen Beispiele in der Kammerversammlung über die Gründung eines Sozialwerkes diskutiert werden sollte. Ebenso sprach er die geplante Neufassung der Beitragsordnung an.